

**A N F R A G E** von Thomas Ziegler (EVP, Elgg) und Peter Reinhard (EVP, Kloten)

betreffend Druck auf Bildungsangebot wegen Finanzausgleich und drohendem Zweiklassen-Schulsystem

---

In der Primarschulgemeinde Elgg besteht die Gefahr, dass das Fach „Biblische Geschichte“ im kommenden Schuljahr nicht mehr angeboten werden kann. Da die Gemeinde Beiträge aus dem Steuerfussausgleich beantragen muss, verlangt der Kanton, dass eines der drei bisher angebotenen Fächer „Biblische Geschichte“, „Kreatives Werken“ oder „musikalische Grundschule“ gestrichen wird. Damit wird der Druck insbesondere auf das naturgemäss nicht von allen Schülerinnen und Schülern besuchte Fach „Biblische Geschichte“ gross.

Elgg habe eine Luxuslösung, begründet der Kanton, obwohl Elgg für die Blockzeiten mit dem finanziell günstigeren Dreistundenmodell arbeitet und zudem nur sehr wenig Finanzausgleich beziehungsweise wegen zu gutem Rechnungsabschluss gar keinen zugesichert bekommen hat. Es widerspricht dem Grundsatz der Gemeindeautonomie, dass eine „Zweiklassengesellschaft“ zu entstehen droht: Schulen, die sich „Biblische Geschichte“ leisten können und andere die sich das nicht leisten (dürfen).

3/2005

Wir bitten den Regierungsrat um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Will der Regierungsrat über den Finanzausgleich oder über andere Kanäle auf das Bildungsangebot in den Gemeinden direkten Einfluss nehmen?
2. Wie stellt sich der Regierungsrat angesichts der mit über 50'000 Unterschriften hängigen Volksinitiative für die Weiterführung des Faches Biblische Geschichte zur Lage in Elgg und andern finanzschwachen Gemeinden, wo dieses Fach gegen den Willen der Gemeinde auf Grund des Druckes des Kantons zu kippen droht?
3. Befürwortet der Regierungsrat die wegen der finanziellen Engpässe entstehende Zweiklassengesellschaft im Bildungsbereich, welche den Finanzausgleichsgemeinden den Spielraum beim Fächerangebot einschränkt?
4. Ist die Regierung bereit, die Vorgaben an die Primarschulgemeinde Elgg und andere Finanzausgleichsgemeinden im einleitend erwähnten Sinne zu korrigieren, damit ein einheitlicher Bildungsstandard dort möglich ist, wo die Gemeinden dies wünschen?

Thomas Ziegler  
Peter Reinhard